

Fragen

für die Fragestunde der 67. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 28. November 2018

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	84, 85	Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	19, 88
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6	Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	81, 82
Bauer, Nicole (FDP)	38, 39	Jung, Christian, Dr. (FDP)	56
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 20	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	65, 66
Birkwald, Matthias W. (DIE LINKE.)	23, 24	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29
Brandner, Stephan (AfD)	4, 5	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	10, 11	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 60
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)	13, 76	Krellmann, Jutta (DIE LINKE.)	77
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	53, 54
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 49
Gabelmann, Sylvia (DIE LINKE.)	44	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 48	Liebich, Stefan (DIE LINKE.)	67, 68
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 37	Luksic, Oliver (FDP)	51, 52
Gminder, Franziska (AfD)	70	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	40
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	8, 9	Müller-Rosentritt, Frank (FDP)	1, 2
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	89, 90	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31
Herbst, Torsten (FDP)	46, 78	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	72, 73
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 69		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	86, 87	Skudelny, Judith (FDP)	55
Renner, Martina (DIE LINKE.)	28	Sommer, Helin Evrim (DIE LINKE.)	79
Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	83	Spangenberg, Detlev (AfD)	41
Rottmann, Manuela, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43	Strasser, Benjamin (FDP)	80
Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 59	Suding, Katja (FDP)	61, 62
Schick, Gerhard, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	74, 75	Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18
Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50, 71	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	26, 27
Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	63, 64	Willsch, Klaus-Peter (CDU/CSU)	57, 58
		Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	21, 22

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	21
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Hei- mat	25

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter
**Frank
Müller-Rosentritt**
(FDP)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der hohen Zahl an UN-Resolutionen, in denen Israel verurteilt wird, vor dem Hintergrund einer sehr viel geringeren Zahl an UN-Resolutionen, die Israels Nachbarländer bzw. palästinensische Akteure verurteilen, und welche Anstrengungen auf UN-Ebene unternimmt die Bundesregierung, um die Verabschiedung von Resolutionen zu erreichen, in denen alle Akteure des israelisch-palästinensischen Konflikts adressiert werden?
2. Abgeordneter
**Frank
Müller-Rosentritt**
(FDP)

Inwiefern findet seitens der Bundesregierung bei der Erarbeitung bzw. Abstimmung von UN-Resolutionen eine Abwägung zwischen einer Abmilderung der Verurteilung eines Partnerlandes (wie Israel) durch Mitarbeit und anschließende Zustimmung zur jeweiligen Resolution und einer Ablehnung von Resolutionen, die Partnerländer verurteilen, statt?
3. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Vorwürfe der georgischen Nichtregierungsorganisationen Georgian Young Lawyers' Association (GYLA), Transparency International Georgia und International Society for Fair Elections and Democracy (ISFED) bezüglich Dokumentenfälschungen und Stimmenkauf im Vorfeld der georgischen Präsidentschaftswahlen am 28. November 2018 (<http://oc-media.org/pm-promises-to-write-off-1-5-billion-in-debts-for-600-000-georgians/> sowie <http://oc-media.org/georgian-government-printing-fake-id-cards-for-election-fraud/>), und was unternimmt die Bundesregierung, um die genannten Organisationen zu unterstützen?

4. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Welches waren die Zugeständnisse, die die Bundesregierung laut Berichterstattung des „Tages spiegels“ vom 12. November 2018 (vgl. www.tagesspiegel.de/politik/auswaertiges-amt-sperrt-sich-regierung-verschweigt-zugestaendnisse-beim-migrationspakt/23619872.html) bei den Verhandlungen zum UN-Migrationspakt gemacht hat, und wie lauteten demgegenüber die ursprünglichen Verhandlungspositionen?
5. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Zu welchen Anlässen hat die Bundesregierung seit dem Jahr 2016 wen (Öffentlichkeit/Presse/Deutscher Bundestag etc.) über die Fortschritte und den Sachstand bei den Verhandlungen um den Migrationspakt (GCM) informiert?
6. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern setzt sich die Bundesregierung auf diplomatischem Weg dafür ein, die polnische Regierung zu einem Außerkraftsetzen des Gesetzes zur Klimakonferenz in Kattowitz zu bewegen, welches die Versammlungsfreiheit einschränkt und laut den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages (WD 2 - 3000 - 020/18 „Ver einbarkeit des polnischen COP24-Gesetzes mit den Vorgaben des Europarates“, www.bundestag.de/blob/554936/18b03d22fd490edc64f2295de5e36040/wd-2-020-18-pdf-data.pdf) die Gefahr birgt, gegen die Europäische Menschenrechtskonvention zu verstoßen?
7. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Aufforderung der italienischen Behörden, die Aquarius von Ärzte ohne Grenzen zu beschlagnahmen, und die Anordnung, einige der Bankkonten der Organisation einzufrieren, und inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung der italienischen Behörden, dass die Müllentsorgung eine Gefährdung der öffentlichen Gesundheit darstellt (www.telegraph.co.uk/news/2018/11/20/italy-orders-seizure-migrant-rescue-ship-aquarius-illegal-waste/)?

8. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die geplante Vertreibung von rund 700 Palästinenserinnen und Palästinensern aus ihren Häusern in Ost-Jerusalem zugunsten israelischer Siedlerinnen und Siedler, die gestern (21. November 2018) vom Obersten Gericht Israels bestätigt wurde, und welche Konsequenzen zieht sie daraus (www.haaretz.com/israel-news/.premium-court-allows-eviction-of-700-palestinians-from-east-jerusalem-neighborhood-1.6677069 sowie www.btselem.org/press_releases/2018122_batan_al_hawa_ruling)?
9. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Verbleib des deutschen Adil Demircis in Untersuchungshaft im Hochsicherheitsgefängnis Silviri, Türkei, bis zur Fortsetzung des Prozesses gegen ihn am 14. Februar 2019, und welche Konsequenzen zieht sie daraus auch der türkischen Regierung gegenüber (www.spiegel.de/politik/ausland/adil-demirci-bleibt-in-tuerkischem-gefaengnis-in-u-haft-a-1239510.html)?
10. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung nach ihrer Kenntnis (auch nachrichtendienstlicher) die Auffassung, dass zwei Jahre nach Eroberung der Region um Asas, Al-Bab und Dscharablus im Norden Syriens durch die Türkei de facto ein türkisches Protektorat entstanden ist, und wenig darauf hindeutet, dass Ankara bald wieder abziehen wird (AFP vom 18. November 2018), und inwieweit hat die Bundesregierung inzwischen Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche), dass alle verfügbaren Indizien mit hoher Plausibilität auf eine dauerhafte Besetzung der Türkei im Norden Syriens deuten, die nicht im Einklang mit dem Völkerrecht steht (Bundestagsdrucksache 19/2871, Frage 28)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

11. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit sind von dem von der Bundesregierung verkündeten Stopp bezogen auf Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien (Einzelgenehmigungen für Exporte und tatsächliche Ausfuhren) alle Rüstungsgüter (Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter) betroffen (AFP vom 19. November 2018),

und inwieweit gilt der verkündete Stopp bezogen auf Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien auch für Sammelausfuhren bzw. Komponentenlieferungen (Genehmigungen für Exporte und tatsächliche Ausfuhren), da deutsche Firmen als Zulieferer für Kampfflugzeuge oder Lastkraftwagen fungieren, die z. B. von Großbritannien oder Frankreich nach Saudi-Arabien exportiert werden (Newsletter Verteidigung, Ausgabe 46, S. 2)?

12. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aus welchen genauen „verfassungsrechtlichen Gründen“ kann die Bundesregierung weder gegenüber Abgeordneten noch den Medien etwas dazu sagen, wie auf Inhaber von bereits erteilten Genehmigungen für Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien eingewirkt werden soll, dass diese die Exporte tatsächlich nicht umsetzen, und warum „wirkt“ die Bundesregierung nur auf diese Inhaber ein, statt diese Genehmigungen zu widerrufen (www.tagesschau.de/khashoggi-255.html)?

13. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der EU-Kommission (www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-8-2018-003997_DE.html?redirect), dass bei Architektur-Wettbewerben auch dann eine Wettbewerbsbekanntmachung im EU-Amtsblatt zu veröffentlichen ist, wenn Architektenleistungen von einem privaten Unternehmen im Namen und für Rechnung eines öffentlichen Auftraggebers in Auftrag gegeben werden, und wenn ja, welche Schritte wird sie im Zusammenhang mit dem geplanten Bau des neuen Fernbahnhofs Hamburg-Altona unternehmen, für den der von der Deutschen Bahn AG unter Vertrag genommene Projektentwickler ProHa Altona GmbH & Co. KG einen Architektur-Wettbewerb durchgeführt hat, ohne eine Wettbewerbsbekanntmachung zu veröffentlichen (<https://bauprojekte.deutschebahn.com/p/hamburg-altona-bhf>)?

14. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Auf welche Weise plant die Bundesregierung im Rahmen des Vorhabens, die „gesetzlichen Bedingungen für benutzerfreundliche Bezahlungssysteme“ an Ladesäulen für Elektroautos zu „verbessern“ (Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD), insbesondere Vorgaben für das sogenannte E-Roaming einzuführen (z. B. Vorgaben zur Kostentransparenz, zur Maximalgebühr für das E-Roaming oder zur Verfügbarkeit einer Roaming-

Option), und auf welche Weise plant die Bundesregierung, die Bezahlungsmöglichkeiten für das sogenannte „punktueller Aufladen“ im Sinne der Landesverordnungen zu evaluieren bzw. zu standardisieren, um die angebotenen Bezahlungsmöglichkeiten weiter zu vereinheitlichen?

15. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie wird sich der Antrag der Bundesregierung auf Disqualifizierung der drei Mitglieder des Schiedstribunals wegen Befangenheit und die damit verbundene Neubesetzung der Schiedsrichterinnen und Schiedsrichter im Vattenfall-Verfahren (ARB/12/12; www.handelsblatt.com/politik/deutschland/atomausstieg-bundesregierung-legt-milliardenklage-von-vattenfall-mit-befangenheitsantrag-auf-eis/23643060.html?ticket=ST3205032-0Q0oviH9FOflypzNebXJ-ap1) im Falle einer Stattgabe nach Auffassung der Bundesregierung auf die zusätzliche Länge der Prozessdauer und die zusätzliche Höhe der Verfahrenskosten auswirken?

16. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Möglichkeiten stehen der Bundesregierung zur Verkürzung oder Beendigung des Vattenfall-Verfahrens (ARB/12/12) vor dem Hintergrund des Achmea-Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Verfügung, falls durch eine Annahme des Antrags der Bundesregierung auf Disqualifizierung der drei Richter des Schiedstribunals wegen Befangenheit (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/atomausstieg-bundesregierung-legt-milliardenklage-von-vattenfall-mit-befangenheitsantrag-auf-eis/23643060.html?ticket=ST-3568688-3qiVk92ysR162n3b54ba-ap1) mit einer deutlich verlängerten Prozessdauer zu rechnen ist?

17. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann plant die Bundesregierung das Gebäudeenergiegesetz (GEG) im Bundeskabinett zu beschließen und dem Deutschen Bundestag zuzuleiten, und wie hoch werden nach Ansicht der Bundesregierung die zu erwartenden zusätzlichen jährlichen Treibhausgaseinsparungen durch die Vorgaben des GEG sein, vor dem Hintergrund, dass die Energiewende im Gebäudebereich dringend vorankommen muss, wenn die Klimaziele von Paris eingehalten werden sollen?

18. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aus welchem Gesamtkonzept bzw. welcher wissenschaftlichen Untersuchung geht hervor, dass das Ziel von 65 Prozent erneuerbaren Energien im Stromsektor im Jahr 2030 ausreichend ist, um den Zielpfad für das Pariser Klimaabkommen einzuhalten, und warum hat die Bundesregierung im Entwurf zum Erneuerbaren-Energien-Gesetz nicht die Zielbestimmung im Gesetz entsprechend angepasst?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

19. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Was ist der Bundesregierung im Rahmen ihrer Beantwortung meiner zahlreichen Nachfragen zum „Hubschrauberrundflug“ des Bundesministers des Auswärtigen Heiko Maas über den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten (Bundestagsdrucksache 19/3367) darüber bekannt geworden, inwiefern auch der damalige deutsche Botschafter Clemens von Goetze mit im Hubschrauber gesessen hat, obwohl die deutsche Botschaft „die israelische Seite“ in der Vorbereitung des Besuchs „ausdrücklich schriftlich in Übereinstimmung mit ihrer völkerrechtlichen Haltung zum israelischen Staatsgebiet darauf hingewiesen [hat], dass der Hubschrauberrundflug nicht über den seit 1967 besetzten Gebieten durchgeführt werden darf“ (Bundestagsdrucksache 19/2217, Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 59), und inwiefern kann der Botschafter dazu beitragen, die Route des Hubschrauberrundflugs, die der Bundesregierung trotz mehrerer Berichte in israelischen Zeitungen und einer Pressemitteilung der israelischen Justizministerin (<http://gleft.de/2iu>) „nicht bekannt“ ist und „auch nicht nachträglich festgestellt werden“ kann, zu rekonstruieren, zumal dieser durch seine jahrelange Tätigkeit in Israel und Palästina mit den topographischen Begebenheiten der überflogenen Gebiete nach meiner Auffassung vertraut sein dürfte?

20. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Was unternimmt die Bundesregierung dagegen, dass für Tausende von sozialen Trägern angemietete Wohnungen für Menschen mit besonderen Bedarfen nur das Gewerbemietrecht mit entsprechenden Kündigungsrechten gilt, wie unter anderem auch die Caritas und das Diakonische Werk

beklagen (www.deutschlandfunk.de/kein-schutz-fuer-krank-soziale-traeger-fuerchten.862.de.html?dram:article_id=433165), und kann sich die Bundesregierung vorstellen, einen gesonderten Bereich im Gewerbemietrecht für soziale Träger (Kindertagesstätten, Altersheime, betreutes Wohnen und Ähnliches) einzuführen, um diesen zumindest dem sozialen Wohnungsmietrecht ähnliche Konditionen einzuräumen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

21. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie vielen Beziehern von Arbeitslosengeld wurde jeweils in den Jahren von 2014 bis 2017 und bislang im Jahr 2018 die Leistung aufgrund der Sonderregelung § 142 Absatz 2 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) – Arbeitsförderung gewährt, und welches sind aktuell die 15 Berufe, für die diese Regelung am häufigsten zum Tragen kommt?
22. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die potenzielle Anzahl der Beschäftigten, die von der Sonderregelung § 142 Absatz 2 SGB III profitieren könnten, und wie bewertet sie deren Wirksamkeit?
23. Abgeordneter
Matthias W. Birkwald
(DIE LINKE.)
- Welche der von der Bundesregierung bzw. der Deutschen Rentenversicherung jüngst veröffentlichten Angaben zur mittelfristigen Entwicklung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung und des Sicherungsniveaus vor Steuern im Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch – Beitragssatzanpassung vom 5. November 2018 (Bundestagsdrucksache 19/5464, S. 10), in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/5359, S. 3, im RV-Leistungsverbesserungs- und -Stabilisierungsgesetz (Bundestagsdrucksache 19/4668, S. 26) oder im Vortrag „Die Finanzentwicklung in der gesetzlichen Rentenversicherung“ auf dem Presseseminar der

Deutschen Rentenversicherung vom 7. November 2018 stimmt, und wie erklärt die Bundesregierung die jeweiligen Abweichungen?

24. Abgeordneter
**Matthias W.
Birkwald**
(DIE LINKE.)

Welche finanziellen Auswirkungen für den Bundeshaushalt ergeben sich insgesamt und isoliert für die Beitragssatzgarantie aus der aktuell gültigen Fortschreibung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung und dem Sicherungsniveau vor Steuern?

25. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Was sind jeweils die Gründe dafür, dass in der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 28 auf Bundestagsdrucksache 18/13156 die Investments des Versorgungsfonds der Bundesagentur für Arbeit und des Vorsorgefonds der sozialen Pflegeversicherung in Unternehmen, die hierzulande oder in unseren Nachbarstaaten Atomkraftwerke im Leistungsbetrieb betreiben, nicht genannt wurden, obwohl diese Investments damals im Grundsatz bereits existierten (vgl. Antwort der Bundesregierung vom 16. November 2018 auf meine Schriftliche Frage Arbeitsnummer 11 auf Bundestagsdrucksache 19/5984), und wie groß waren diese Investments des Versorgungsfonds der Bundesagentur für Arbeit und des Vorsorgefonds der sozialen Pflegeversicherung im Beantwortungszeitraum meiner Schriftlichen Frage 28 auf Bundestagsdrucksache 18/13156 (bitte nach den beiden Fonds und den damals vier betreffenden Unternehmen differenzieren)?

26. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)

Wie sieht die derzeitige zeitliche Planung für die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigte Reform des Elternunterhalts für pflegebedürftige Eltern aus?

27. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)

Plant die Bundesregierung eine Reform des Unterhaltsrechts insbesondere in Bezug auf Elternunterhalt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

28. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.) Wie viele Ermittlungsverfahren werden derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung gegen Angehörige des Kommandos Spezialkräfte geführt (bitte unter Nennung des Tatvorwurfes antworten)?
29. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwiefern waren deutsche Tornados im Vorfeld des Luftangriffs vom 17. November 2018 auf das Dorf Abu al-Hassan, nahe der Stadt Hadschin in der Provinz Deir ez-Zor an der Grenze zum Irak, bei dem 43 Zivilisten getötet wurden, im Einsatz, und welche Aufklärungsprodukte für Operation Inherent Resolve (OIR) wurden seitens Deutschland zur Verfügung gestellt (www.zeit.de/politik/ausland/2018-11/syrien-luftangriffe-us-koalition-provinz-deir-ez-zor)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

30. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie viele Projektskizzen für digitale Experimentierfelder wurden bis zum 9. November 2018 bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung eingereicht, und wie wird sichergestellt, dass die Qualität der eingereichten Projektskizzen einerseits fachlich geprüft wird bei gleichzeitiger Einhaltung des von der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner gewünschten Projektbeginns noch im zweiten Halbjahr 2019?
31. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie will die Bundesregierung die Finanzierung der Experimentierfelder bis 2022 unter Berücksichtigung der gesetzgeberischen Haushaltshoheit des Deutschen Bundestages sicherstellen, und was wird mit den Mitteln geschehen, die bereits im Haushalt 2018 für die Experimentierfelder zur Verfügung gestellt wurden?

32. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Schafe leben derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung in Beständen von Wanderschäfern, und wie sind diese regional verteilt (bitte je Bundesland in Prozent am bundesweiten Bestand an Schafen im Bestand von Wanderschäfern angeben)?
33. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kriterien legt die Bundesregierung bei der Vergabe der im Rahmen des geplanten Bundesprogramms Wolf geplanten Prämie an, und wie definiert die Bundesregierung in diesem Zusammenhang Tiere von Wanderschäfern?
34. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen sind von der Bundesregierung zur Unterstützung der trotz ihrer ökologisch wertvollen Leistungen ökonomisch stark in der Existenz bedrohten Wanderschäferei (bezugnehmend auf Prüfauftrag auf Bundestagsdrucksache 19/298, unter Abschnitt III Nummer 3) geplant, und inwieweit kann das im Haushalt 2019 vereinbarte Bundesprogramm Wolf mit einer Prämie für Schafe in Wolfsregionen, Wanderschäfern in den Gebieten ohne Wolfvorkommen vor der existenzbedrohenden wirtschaftlichen Situation bewahren?
35. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie möchte die Bundesregierung sicherstellen, dass mit einem Fördervolumen von 1 Mio. Euro die ökonomisch existenzbedrohende Situation der Weidetierhaltung mit ihrer immensen ökologischen Leistung in Deutschland gelingen kann, und inwiefern ist eine Anpassung des Fördervolumens an den real existierenden Bedürfnissen der Weidewirtschaft vorgesehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

36. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über Aktivitäten des Vereins „TeenStar“ in Deutschland insbesondere im Bildungs-, Aufklärungs- und Beratungsbereich (vgl. www.queer.de/detail.php?article_id=31538), und hat der Verein nach Kenntnis der Bundesregierung für seine Tätigkeit eine öffentliche Förderung oder Zugang zu staatlichen Bildungseinrichtungen erhalten?
37. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Weise stellt die Bundesregierung sicher, dass Kinder und Jugendliche insbesondere in Bildungseinrichtungen vor sogenannter „Aufklärungsarbeit“ geschützt werden, die Homosexualität als eine Identitätsstörung und im Rahmen sogenannter „Konversionstherapien“ als therapierbar bzw. änderungsbedürftig darstellt?
38. Abgeordnete
Nicole Bauer
(FDP)
- Warum hat die Bundesregierung die Bedenken der Sachverständigen, die diese im Rahmen einer öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages zum Entwurf des „Gute-Kita-Gesetzes“ geäußert haben und den vorgelegten Entwurf nahezu einstimmig für nicht zustimmungsfähig hielten (www.welt.de/politik/deutschland/article184106018/Kinderbetreuung-Wie-gut-ist-das-Gute-Kita-Gesetz.html), nicht zum Anlass genommen, den Gesetzentwurf zurückzuziehen?
39. Abgeordnete
Nicole Bauer
(FDP)
- Inwieweit nimmt die Bundesregierung die aktuell veröffentlichten Zahlen des Bundeskriminalamts zur häuslichen Gewalt in Deutschland (www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/Partnerschaftsgewalt/Partnerschaftsgewalt_2017.html?jsessionid=90222C7AC8D2DAE9D768CD9867F53393.live2292?nn=63476) zum Anlass, das im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigte Aktionsprogramm sowie den Runden Tisch zu Frauenhäusern in Deutschland in konkrete Maßnahmen umzusetzen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

40. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung die vom Deutschen Hanfverband in Auftrag gegebene Studie „Die Kosten der Cannabis-Prohibition in Deutschland“ von Prof. Dr. Justus Haucap, welche diesen Monat veröffentlicht wurde, zur Kenntnis genommen, und wie schätzt sie die Berechnungen, also die potentiellen Einsparungen und zusätzlichen Steuereinnahmen in Höhe von insgesamt 2,66 Mrd. Euro, ein?
41. Abgeordneter
Detlev Spangenberg
(AfD)
- Teilt die Bundesregierung die Besorgnis der deutschen Zahnärzte, dass mit der zunehmenden Gründung von Zahnarzt-MVZ (MVZ – Medizinische Versorgungszentren) durch ausländische Investoren, nicht mehr eine flächendeckende, sondern allein die gewinnorientierte Versorgung im Vordergrund steht (vgl. u. a. Handelsblatt vom 22. November 2018), und wenn ja, wie kann die Bundesregierung dem entgegenwirken?
42. Abgeordnete
Dr. Manuela Rottmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass bei der Veröffentlichung von durch den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) erhobenen Daten über die Qualität von Krankenhäusern die Stellungnahmen negativ bewerteter Kliniken vor Veröffentlichung so berücksichtigt werden, dass eine falsche Deutung der Ergebnisse der Qualitätserhebung, wie z. B. im Fall einer Haßfurter Klinik (<https://m.mainpost.de/regional/hassberge/Zukompliziert-fuer-eine-einfache-Darstellung;art513833,10107827>), ausgeschlossen wird?
43. Abgeordnete
Dr. Manuela Rottmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat oder plant die Bundesregierung Lösungen, um den Reputationsverlust und die daraus möglicherweise folgenden wirtschaftlichen Schäden für eine Klinik aufgrund einer verzerrenden Darstellung der Ergebnisse der Qualitätserhebung durch den G-BA, wie z. B. im Fall einer Haßfurter Klinik, zu befürchten, zu verhindern bzw. auszugleichen (www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/krankenhaus-tuev-diese-73-kliniken-liefern-unzureichende-

qualitaet-a-1237366.html, <https://m.mainpost.de/regional/hassberge/Zu-kompliziert-fuer-eine-einfache-Darstellung;art513833,10107827?>

44. Abgeordnete
**Sylvia
Gabelmann**
(DIE LINKE.)

Für welchen Zeitpunkt plant die Bundesregierung die Stelle einer oder eines Patientenbeauftragten neu zu besetzen, nachdem der bisherige Amtsinhaber Dr. Ralf Brauksiepe Zeitungsberichten zufolge (vgl. Tageszeitung junge Welt vom 21. November 2018) Anfang November 2018 in die Immobilienwirtschaft gewechselt ist, und welche Haltung hat die Bundesregierung gegenüber Vorschlägen, die Dr. Ralf Brauksiepe noch in seiner Amtszeit als Patientenbeauftragter der Bundesregierung gegenüber dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz angeregt haben soll (vgl. Südwest Presse vom 17. November 2018), denen zufolge die Arzthaftung patientenfreundlicher gestaltet werden sollte, indem zukünftig für den Nachweis, dass der Fehler für den Schaden verantwortlich ist, die „überwiegende Wahrscheinlichkeit“ reichen sollte?

45. Abgeordnete
**Maria
Klein-Schmeink**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sieht die Bundesregierung durch die kürzlich veröffentlichte Meta-Studie „Oral hormone pregnancy tests and the risks of congenital malformations; a systematic review and meta-analysis“ von Carl Heneghan et. al. Anlass dazu, ihre bisherige Position zu ändern, wonach ein Zusammenhang zwischen der Anwendung eines hormonellen Schwangerschaftstests wie Duogynon während der Frühschwangerschaft und unerwünschten Effekten wie Fehlgeburt, Totgeburt oder angeborenen Missbildungen unwahrscheinlich erscheint (vgl. Bundestagsdrucksache 18/7927), und falls nein, warum nicht?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

46. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Mit welchen Planungskosten rechnet die Bundesregierung bei der Elektrifizierung der Bahnstrecke zwischen Dresden und Görlitz, und mit welchen Mitteln plant die Bundesregierung die Förderinitiative zur Elektrifizierung regionaler Schienenstrecken (Haushaltstitel Kapitel 1202 Titel 891 08-742) in den kommenden zehn Jahren auszustatten?
47. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Weise wird die Bundesregierung die bundeseigene Deutsche Bahn AG aufgrund ihrer finanziellen Lage (hohe Verschuldung, geringe Ertragskraft; siehe Bilanz für das Jahr 2017) in ihrer Handlungsfähigkeit unterstützen, und welche Schlussfolgerungen zieht sie hinsichtlich der Aussagen des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, wonach das Bahnunternehmen Investitionen in neue Züge nicht selbst finanzieren könne (Börsen-Zeitung vom 23. März 2018), Wettbewerbsbahnen jedoch keine Hilfen vom Bund erhalten, unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsgerechtigkeit?
48. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung unter Berücksichtigung von § 8 Absatz 3 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) die Qualifikation des Fahrpersonals im Umgang mit mobilitätseingeschränkten Menschen zu verbessern, und mit welchen Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung eine Ergänzung des § 48 der Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV) um den Nachweis einer Schulung für das Fahrpersonal im Umgang mit mobilitätseingeschränkten Personen?
49. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wirken die vier bereits Ende 2015 in den Opel-Modellen Insignia, Zafira und Cascada entdeckten Abschalteinrichtungen jeweils, und sind diese vier Abschalteinrichtungen aus Sicht der Bundesregierung jeweils zulässig (vgl. <https://twitter.com/BMVI/status/1051834079467982848>)?

50. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung die vom Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer angekündigte Umlegung der aus dem „Dieselskandal“ resultierenden Kosten auf die Kommunen, und wie soll dieser kommunale Beitrag konkret ausgestaltet werden (vgl. www.bild.de/geld/wirtschaft/wirtschaft/diesel-andreas-scheuer-laesst-gipfel-in-bruessel-platzen-58569994.bild.html)?
51. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Kritik der bayerischen Landesregierung bezüglich der Einführung der von der Bundesregierung geplanten dauerhaften Überwachung der Fahrverbote für Dieselfahrzeuge mittels automatisierter Kennzeichenerfassung (www.spiegel.de/auto/aktuell/andreas-scheuer-bayerisches-innenministerium-kritisiert-kennzeichenueberwachung-a-1239371.html)?
52. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Forderung des Deutschen Umwelthilfe e. V. nun auch eine Teilspernung der Bundesautobahn 100 in Berlin für Dieselfahrzeuge vorzunehmen (www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/urteil-fuer-saubere-luft-in-berlin-zieht-weitere-strassen-und-stadtautobahn-a100-fuer-fahrverbote-in/)?
53. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur Äußerungen des Bundesministers überprüft, dass Euro-5-Diesel-Pkw nur zur Hälfte mit SCR-Katalysatoren nachrüstbar sind (www.bild.de/politik/inland/politik-inland/groko-bastelt-an-plan-fuer-nachruestungen-neuehoffnung-fuer-millionen-diesel-fa-57260402.bild.html), und für wie glaubwürdig hält die Bundesregierung insgesamt die Ausführungen der Autohersteller im Rahmen des Dieselskandals?
54. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele stationäre NO₂-Messstellen sind nach Kenntnis des Bundesverkehrsministeriums unsachgerecht aufgestellt (bitte auch angeben, wie viele NO₂-Messstellen es gibt), und sollten nach Ansicht des Bundesverkehrsministeriums die bisherigen Überprüfungen der NO₂-Messstellen ohne

Beanstandungen in den Bundesländern Bayern, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg wiederholt werden?

55. Abgeordnete
Judith Skudelny
(FDP)

Welche Daten sollen gemäß dem Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes konkret zur Durchsetzung der Diesel-Fahrverbote automatisiert erfasst werden, und mit welchen Daten des zentralen Fahrzeugregisters des Kraftfahrt-Bundesamts werden diese abgeglichen?

56. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)

Um wie viel Prozent würde nach Ansicht der Bundesregierung der Anteil von Schiene und Wasserstraße am kombinierten Verkehr sinken, sollten Fahrten mit 44-Tonnen-LKW dauerhaft und grundsätzlich zugelassen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

57. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung garantieren, dass die zuständigen Messstationen für die Erhebung der Stickoxid-Belastung in deutschen Städten ordnungsgemäß und gemäß den Richtlinien der Europäischen Union aufgestellt sind?

58. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU)

Welche unabhängige Instanz prüft die ordnungsgemäße Aufstellung und einwandfreie Funktionsweise der Schadstoff-Messstellen?

59. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wird sich die Bundesregierung mit einer zwischen den Ressorts abgestimmten Position dafür einsetzen, dass im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen mit Montenegro das Verhandlungskapitel 27 (Umwelt) erst dann eröffnet wird, wenn zuvor die montenegrinische Regierung die Saline Ulcinj, einer der größten Salzgärten des Mittelmeerraumes und bedeutende Rast-, Brut- und

Überwinterungsstätte für Tausende teilweise seltene Wal- und Wasservogelarten, unter ausreichenden Naturschutz im Sinne der RAMSAR-Konvention und des europäischen Schutzgebietsnetzwerks „Natura 2000“ beziehungsweise der EU-Vogelschutzrichtlinie gestellt hat, und falls nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

60. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Initiativen seitens des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit gab bzw. gibt es hinsichtlich einer Weiternutzung des Knowhows des vormals mit Bundesmitteln geförderten Instituts für Wissensanalyse und Wissenssynthese (IWW) hinsichtlich des Atommülllagers Asse (bitte ausführliche und konkrete Angabe differenziert nach Institutionen und Daten, Software, Nutzungslizenzen etc.; vgl. Onlineartikel „Das Endlager-Wissen soll nicht sterben“, Braunschweiger Zeitung, 24. September 2018, www.braunschweiger-zeitung.de/niedersachsen/article215406725/Das-Endlager-Wissen-soll-nicht-sterben.html), und inwiefern ist ehemaliges IWW-Personal für Einrichtungen des Bundes tätig (ggf. auch künftig)?

61. Abgeordnete
Katja Suding
(FDP)

An welchem Datum beabsichtigt die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Anja Karliczek, die Bund-Länder-Vereinbarung zum Digitalpakt, die gemeinsam mit den Ländern und der Kultusministerkonferenz verhandelt worden ist, zu unterzeichnen?

62. Abgeordnete
Katja Suding
(FDP)

An welchem Datum wird entweder die Bundesregierung oder werden nach Kenntnis der Bundesregierung die Vertreter der Länder bzw. die Kultusministerkonferenz die Einladung zur Unterzeichnung der Bund-Länder-Vereinbarung zum Digitalpakt verschicken, bzw. ist eine Einladung bereits formell oder informell ausgesprochen worden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

63. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)

Wie bilden sich die 1 Mrd. Euro, mit der der neu gegründete Entwicklungsinvestitionsfonds laut Aussagen des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dr. Gerd Müller in der Haushaltsdebatte vom 21. November 2018 (Plenarprotokoll 19/64) ausgestattet ist, im Bundeshaushalt 2019 sowie in der mehrjährigen Finanzplanung ab, und wie sollen sich die Mittel auf die vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Norbert Barthle in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 7. November 2018 vorgestellten drei Komponenten des Fonds (Plenarprotokoll 19/60) aufteilen?

64. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung als einer der größten Geber des Globalen Fonds aus der Gefahr, dass für solche Länder im Transformationsprozess, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Fortschritte aus der Förderung des Fonds fallen und in denen es schon jetzt Versorgungslücken für an HIV und Tuberkulose Erkrankte kommt, über Jahre mühselig erzielte Erfolge bei der Behandlung von HIV und Tuberkulose verloren gehen, und wird sie sich dafür einsetzen, dass Länder im Transformationsprozess internationale Instrumente nutzen können, die bei einer gebündelten Beschaffung von qualitativ hochwertigen Medikamenten geringere Preise ermöglichen und den

Kofinanzierungsteil der Länder erhöhen (www.theglobalfund.org/en/news/2018-11-15-global-fund-strengthens-efforts-toward-ending-epidemics/)?

65. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie ist der Stand des Eckpunktepapiers des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Zusammenarbeit mit privaten Gebern, dessen Eckpunkte im März 2017 vorgestellt wurden, und bis wann soll die finale Version des Papiers veröffentlicht werden?

66. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Was sind die bisherigen Ergebnisse der im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vorgesehenen Überprüfung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPAs), die feststellen soll, inwiefern die WPAs wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen dienen (Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD – 19. Legislaturperiode, S. 160), und wann rechnet die Bundesregierung mit dem Abschluss der Überprüfung?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

67. Abgeordneter
Stefan Liebich
(DIE LINKE.)

Hat die Bundesregierung nach den Anschlägen in Mumbai im November 2008, bei denen auch deutsche Staatsbürger zu Schaden kamen und es nach Presseberichten offenbar auch umfängliche Verwicklungen des pakistanischen Geheimdienstes Inter-Services Intelligence (ISI) gab (<https://timesofindia.indiatimes.com/india/Saudi-Arabia-helped-India-nab-26/11-handler-Abu-Jundal/articleshow/14396009.cms?referral=PM>), die Zusammenarbeit mit dem ISI hinterfragt, und wird die Zusammenarbeit seither uneingeschränkt weitergeführt?

68. Abgeordneter
Stefan Liebich
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Ausbildung von General Shuja Pasha an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg (www.stern.de/investigativ/projekte/geheimdienste/pakistan-und-der-bnd-ziemlich-beste-freunde-3555920.html), der zum Zeitpunkt der Anschläge in Mumbai im November 2008 Chef des pakistanischen Geheimdienstes Inter-Services Intelligence (ISI) war?
69. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was unternimmt die Bundesregierung angesichts des Briefes bezüglich des Afrikabeauftragten Günter Nooke, den ich gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion am 26. Oktober 2018 an die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel übersandte, und in dem wir eine Absetzung von Günter Nooke verlangen, und weshalb hat die Bundesregierung den Brief bislang nicht beantwortet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

70. Abgeordnete
Franziska Gminder
(AfD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die gegenwärtigen u. a. durch den Zinsanstieg in den USA und die drohenden weltweiten Handelskonflikte ausgelösten Börsenturbulenzen (DAX-Stand am 20. November 2018 bei ca. 11 060 Punkten/Zweijahrestief und damit ca. 17 Prozent Verlust seit Jahresbeginn) im Hinblick auf die private Altersvorsorge vieler Bürgerinnen und Bürger, und sieht die Bundesregierung das Investment in Aktien und Aktienfonds als probates Mittel einer ergänzenden Altersversorgung an?
71. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat der Bundesminister der Finanzen den Ländern beim Bund-Länder-Treffen zur Grundsteuerreform am 28. November 2018 einen konkreten Reformvorschlag unterbreitet, und falls dem so ist, welche konkreten Eckpunkte sieht dieser vor?

72. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung die Medienberichte bestätigen, wonach ein Großteil des unter Geldwäscheverdacht stehenden Transaktionsvolumens der Danske Bank über die Deutsche Bank als Korrespondenzbank geflossen ist, und in welchem Umfang sind Zahlungen in diesem Zusammenhang über die Deutsche Bank abgewickelt worden (www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/banken-affaere-der-danske-bank-skandal-zieht-kreise-geldwaesche-vorwuerfe-gegen-deutsche-bank/23654026.html)?
73. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann hat die Bundesregierung bzw. die zuständige Aufsichtsbehörde, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), zum ersten Mal von möglichen Verstrickungen der Deutschen Bank in den Danske-Bank-Skandal erfahren, und in welchem Zusammenhang?
74. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Form und in welcher zeitlichen Regelmäßigkeit beaufsichtigt bzw. prüfte die BaFin das Compliance-Risikomanagement-System der Deutschen Bank insbesondere in Hinblick auf Geldwäsche-Risiken seit 2014?
75. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele interne Mitarbeiter (in Vollzeit-Äquivalenten, ohne externe Berater) stehen der BaFin für die Überprüfung deutscher Geldhäuser und deren Compliance-Risikomanagement-Systemen insbesondere in Hinblick auf Geldwäsche-Risiken derzeit zur Verfügung, und wird dies von der Bundesregierung als ausreichend bewertet?
76. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Wann und unter welchen Umständen hat die Bundesregierung bzw. haben Bundesbehörden zum ersten Mal von den sogenannten „Cum-Fake“-Geschäften erfahren (www.tagesschau.de/wirtschaft/steuerraub-101.html)?
77. Abgeordnete
Jutta Krellmann
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass die Aufhebung des Kündigungsschutzes für sogenannte Risikoträger im Bankgewerbe durch das geplante Brexit-Steuerbegleitgesetz auf andere Personengruppen innerhalb und außerhalb der Bran-

che übertragbar sein wird, und wie will die Bundesregierung verhindern, dass durch das Gesetz ein Einfallstor für eine Lockerung des Kündigungsschutzes in Deutschland insgesamt geschaffen wird (bitte begründen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern,
für Bau und Heimat**

78. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie viele in Sachsen stationierte Bundespolizisten waren in den Monaten Januar bis Oktober 2018 für mehr als vier Wochen in andere Bundesländer abgeordnet?
79. Abgeordnete
Helin Evrim Sommer
(DIE LINKE.)
- Wie viele Verdachtsfälle sind der Bundesregierung in den Jahren 2017 und 2018 bekannt geworden, in denen türkische Stellen versucht haben, bundesweit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in deutschen Behörden als Informantinnen und Informanten anzuwerben, und welche Vorkehrungen hat die Bundesregierung bislang getroffen, um die deutschen Behörden für solche Anwerbungsversuche zu sensibilisieren bzw. zu schützen?
80. Abgeordneter
Benjamin Strasser
(FDP)
- In welchem Umfang und über welchen Zeitraum ist die Bundesregierung bereit, sich an der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen ständigen Reserve der Europäischen Grenz- und Küstenwache von 10 000 Einsatzkräften zu beteiligen?
81. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Konsequenzen werden im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für seine Entscheidungspraxis und interne Leitvorgaben aus dem Bericht des Auswärtigen Amts über die Lage in der Arabischen Republik Syrien vom 13. November 2018 gezogen, insbesondere hinsichtlich der Frage, ob syrische Asylsuchende einen Flüchtlingsstatus oder einen subsidiären Schutzstatus erhalten (in diesem Zusammenhang bitte darstellen, wie die diesbezüglichen aktuellen internen Vorgaben zur Schutzgewährung z. B. bei Deserteuren, Wehrflüchtlingen und tatsächlichen

oder vermeintlichen Oppositionellen sind), und inwieweit teilt die Bundesregierung die von der Flüchtlingsorganisation Pro Asyl ausgesprochene Einschätzung, dass die Lageeinschätzung des Auswärtigen Amts dazu führen muss, dass vermehrt ein Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention statt lediglich subsidiärer Schutz erteilt wird (vgl. Presseerklärung vom 21. November 2018, „Syrien ist nicht nur unsicher, es findet auch weiterhin politische Verfolgung statt“; bitte nachvollziehbar begründen)?

82. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Wie groß war nach Angaben des Ausländerzentralregisters zuletzt die Zahl der Ausreisepflichtigen in Deutschland (bitte auch nach Personen mit und ohne Duldung, abgelehnten Asylsuchenden, Ausreisepflichtigen mit Aufenthaltsstatus und den 20 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, dass ihre Einschätzung, die Grundlage und Rechtfertigung für zahlreiche Gesetzesänderungen war (vgl. z. B. das Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht), wonach es im Jahr 2017 zu einer „erheblichen Steigerung der Zahl der Ausreisepflichtigen“ kommen werde (Nachbeantwortung des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern Dr. Ole Schröder vom 20. Dezember 2016 an mich), angesichts der tatsächlichen Entwicklung der Zahl der Ausreisepflichtigen (Mitte 2016 lag sie bei gut 221 000, vgl. Bundestagsdrucksache 18/9556) nach meiner Einschätzung offenkundig unzutreffend war (bitte ausführlich begründen)?

83. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, warum nach Presseberichten eine an Diabetes leidende schwangere Iranerin in der Nacht vom 17. zum 18. Oktober 2018 von Polizisten aus der Uniklinik Mainz, wo sie wegen ihrer Erkrankung und des deswegen als Risikoschwangerschaft eingestuften Zustands stationär behandelt wurde, trotz fehlender Reisefähigkeitsbescheinigung abgeholt und mit ihrem Kind nach Hannover gebracht wurde, um sie nach Kroatien abzuschicken, und warum sie nach abgebrochener Abschiebung nicht wieder an die Uniklinik Mainz zurückgebracht wurde, sondern in ihrem Zustand – sie war nur mit einem Morgenmantel bekleidet – an den Hauptbahnhof Hannover, von wo aus sie selbst nach Mainz zurück-

fahren musste (www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/mainz/Aufregung-ueber-Abschiebung-von-schwangerer-Iranerin,abschiebung-schwangere-100.html)?

84. Abgeordnete

Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viele Bundespolizistinnen und Bundespolizisten, die nicht die erforderliche Lehrgangsteilnahme und Qualifikation als „Personenbegleiter Luft“ (PBL) aufweisen, haben die Sammelabschiebung vom 13. November 2018 nach Afghanistan begleitet, und inwieweit unterläuft nach Auffassung der Bundesregierung ein Einsatz von nicht für Rückführungsmaßnahmen geschulten Beamtinnen und Beamte die für Rückführungen entwickelten europäischen Standards und Maßstäbe der „Entscheidung des EU-Rates vom 29. April 2004 betreffend die Organisation von Sammelflügen zur Rückführung von Drittstaatsangehörigen, die individuellen Rückführungsmaßnahmen unterliegen, aus dem Hoheitsgebiet von zwei oder mehr Mitgliedstaaten“, die auch für national durchgeführte Sammelabschiebungen gelten?

85. Abgeordnete

Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie hoch sind die Kosten der bundesweiten Plakatkampagne des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat „Dein Land. Deine Zukunft. Jetzt!“ mit der Asylsuchende zur Rückkehr in ihre Herkunftsländer aufgefordert werden, und wie geht die Bundesregierung mit der durch die Kampagne ausgelösten Enttäuschung von rechtmäßig in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten um (www.rbb24.de/politik/beitrag/2018/11/berlin-brandenburg-kampagne-plakate-returning-from-germany-bundesinnenministerium-gefluechtete.html)?

86. Abgeordnete

Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viele Haushaltsmittel stehen für die aktuelle (Plakat-)Kampagne „Dein Land. Deine Zukunft – Jetzt!“ (www.returningfromgermany.de/; www.merkur.de/politik/plakat-aktion-freiwillig-erueckkehr-von-fluechtlingen-riesige-empoe-ruung-zr-10615530.html) zur Verfügung, und wie viele Mittel sind jeweils für die darin beworbene Rückkehrberatung und -förderung vorgesehen (unter Angabe der entsprechenden Haushaltstitel)?

87. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viele der in den Antworten der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 33 auf Bundestagsdrucksache 19/5440, dass im Jahr 2018 auf Grundlage des Artikels 17 Absatz 2 der sogenannten Dublin-Verordnung die Übernahme der Zuständigkeit zur Bearbeitung der Asylverfahren für 50 Asylsuchende aus Italien sowie insgesamt bis zu 65 Asylsuchenden aus Malta zugesagt wurden und auf meine Mündliche Frage 47 für die Fragestunde am 7. November 2018 (Plenarprotokoll 19/60, S. 6771/6772), in der der Transfer von 25 Personen aus Italien auf den 14. November 2018 angekündigt wurde, genannten Asylsuchenden aus Italien und Malta sind jeweils bereits aufgenommen worden, und aus welchen Gründen verzögert sich die Aufnahme des gesamten Kontingents aus Malta?

88. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Aus welchen Gründen waren die „Planungen“ des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge für die Transfers von 65 Geflüchteten aus Malta, deren Übernahme die Bundesregierung zugesagt hatte, vorvergangene Woche lediglich „weit fortgeschritten“, aber nach vier Monaten nicht abgeschlossen (Antwort der Bundesregierung auf die Mündliche Frage 47, Plenarprotokoll 19/60), obwohl nach meiner Kenntnis andere Länder wie etwa Frankreich oder die Niederlande diese Transfers längst abgewickelt haben, während die für Deutschland bestimmten Geflüchteten, unter ihnen auch Jugendliche und Kinder, seitdem, nach meiner Kenntnis, in einer geschlossenen Abschiebehaftanstalt im Hafen von Valletta festgehalten werden, und was ist der Bundesregierung darüber bekannt, auf welcher rechtlichen Grundlage die Regierung in Malta das Ersuchen zur Übernahme der Asylsuchenden gestellt hat, wozu das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (womöglich anderslautend als Malta) Artikel 17 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 (Dublin-III-Verordnung) anführt?

89. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)

Wie verbindlich ist die Äußerung des für den Sport zuständigen Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer (CSU): „Ich habe die Pläne zur Schließung von Bundesstützpunkten gestoppt. Wir werden alle Bundesstützpunkte fortführen [...]“ (siehe u. a. „Ich habe die Pläne gestoppt“ in www.sportspitze.de vom 16. Oktober 2018 sowie „Das Ganze ist ein großes Mysterium“ in *faz* vom 16. Oktober 2018), und welche Konsequenzen hat dies für die weitere Umsetzung des gemeinsam von der Bundesregierung

und dem Deutschen Olympischen Sportbund beschlossenen Konzeptes zur Neustrukturierung des Leistungssports und der Spitzensportförderung?

90. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)

Ist das VII. Kapitel Effiziente Stützpunktstruktur und die darin enthaltenen Abschnitte 1. Ausgangslage, 2. Zielstellung und 3. Lösungsvorschläge des Konzeptes zur Neustrukturierung des Leistungssports und der Spitzensportförderung weiterhin gültige Arbeitsgrundlage, und wenn nicht, bis wann wird die Bundesregierung eine aktualisierte Fassung des Konzeptes dem Deutschen Bundestag und der Öffentlichkeit vorlegen?

